



CDU

Neue Sicherheit und Solidarität – Nordrhein-Westfalen 2020

Landespolitische Leitsätze
der CDU Nordrhein-Westfalen

Beschluss des Landesvorstands vom 10. Dezember 2009

Inhaltsübersicht

Wachstum schafft Arbeit	5
Bildung für alle	7
Beschäftigungssicherheit für viele	9
Kein Kind bleibt zurück	11
Mehr Lebensqualität für Ältere.....	11
Für starke Kommunen	13
Integration in einer weltoffenen Gesellschaft.....	15
Sicher leben.....	16
Handeln mit Gewinn für Umwelt und Wirtschaft	17
Investitionen in eine moderne Infrastruktur	19
Wir setzen auf kreative Köpfe	21
Für ein starkes Europa	22
Nordrhein-Westfalen 2020 – Neue Sicherheit und Solidarität	24

Die Einheit der Gesellschaft zu bewahren, ist die große Aufgabe der Politik zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Mehr denn je muss die Politik heute für neue Sicherheit sorgen. Sie darf nicht akzeptieren, dass die Kluft zwischen Arm und Reich, zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen, zwischen Ausgebildeten und nicht Ausgebildeten, zwischen Ost und West, zwischen Einheimischen und Zuwanderern immer weiter auseinander geht. Soziale Unterschiede dürfen nicht unüberwindbare Hürden sein. Jedes Kind muss seine Talente und Fähigkeiten entfalten können. Jeder muss die Chance zu sozialem Aufstieg haben. Jeder muss wieder eine Chance bekommen, auch wenn er arbeitslos wird. Niemand darf zurückbleiben. Auch Unternehmen brauchen Sicherheit. Denn sie müssen planen können, um erfolgreich zu sein und Wohlstand schaffen zu können. Freiheit ist ein hohes Gut, für das wir einstehen. Aber Sicherheit muss dazu gehören. Dass Freiheit und Sicherheit zusammengehören, ist der Kern der Sozialen Marktwirtschaft. Damit die Soziale Marktwirtschaft Erfolg hat, müssen Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften ihren Beitrag leisten.

Die Soziale Marktwirtschaft lebt davon, dass sich Leistung lohnt. Nur so ist Wohlstand für alle zu erreichen. Das Wirtschaftswunder war ohne die Leistung der Menschen an Rhein und Ruhr undenkbar. Bis heute sind wir Deutschlands industrielles Kraftpaket. Wäre Nordrhein-Westfalen ein eigener Staat, lägen wir mit einem Bruttoinlandsprodukt von rund 500 Mrd. Euro auf Rang 17 der Weltrangliste der Volkswirtschaften. Wir in Nordrhein-Westfalen sind stolz darauf, dass wir das Kernland der Sozialen Marktwirtschaft sind. Ihr Grundsatz „Erarbeiten kommt vor Verteilen“ ist für uns Maßstab. Denn den Schwachen kann nur geholfen werden, wenn auch die Starken nicht geschwächt werden. Deshalb unterstützen wir Industrie und Mittelstand. So haben wir mit sechs Mittelstandspaketen die Selbstverwaltung der Wirtschaft gestärkt, die Bürokratie reduziert und für Unternehmen verbesserte Finanzierungsmöglichkeiten geschaffen. Und mit unserer bundesweit vorbildlichen Meistergründungsprämie unterstützen wir junge Meisterinnen und Meister beim Aufbau eines eigenen Betriebs. 2008 waren wir Gründungsland Nr. 1. So machen wir die stark, die unser Land stark machen: Familienunternehmen aus Handwerk und Mittelstand.

Die Soziale Marktwirtschaft setzt auf starke Unternehmer. Aber ohne einen starken Staat wird die Gesellschaft auseinanderfallen. Ein starker Staat ist ein Staat, der sich auf seine Kernaufgaben konzentriert – und das heißt, elementare Sicherheiten zu garantieren und Chancen zu eröffnen. In diesem Sinn muss er ein solidarischer Sozialstaat sein. Auf diesen

solidarischen Sozialstaat sollen sich auch unsere Kinder und Enkel noch verlassen können. Deshalb darf er sich nicht übermäßig verschulden. Eine Politik der neuen Sicherheit heißt nicht immer mehr staatliche Umverteilung. Sie setzt vielmehr große gesellschaftliche Anstrengungen voraus. Sie erfordert von den Menschen mehr Eigeninitiative, Eigenvorsorge und Selbstverantwortung. Aber sie bietet eine Lebensperspektive, die frei von Willkür und Existenzangst ist.

Das bedeutet: Jeder, der sich nicht selbst helfen kann, muss auf die Solidarität der Gemeinschaft zählen können. Aber vor allem: Leistung muss sich lohnen. Deshalb haben wir erfolgreich dafür gekämpft, dass das Arbeitslosengeld für Ältere verlängert wurde. Denn es kann nicht sein, dass jemand, der ein Leben lang gearbeitet hat, im Fall der Arbeitslosigkeit das Gleiche bekommt wie jemand, der kaum gearbeitet hat. Deshalb haben wir erfolgreich dafür gekämpft, dass das Schonvermögen bei Hartz-IV-Empfängern erhöht wird. Denn private Altersvorsorge darf nicht bestraft, sondern muss belohnt werden. Und deshalb kämpfen wir auch weiter dafür, dass derjenige, der ein Leben lang gearbeitet hat, ein Alterseinkommen erhält, das oberhalb der Grundsicherung liegt, wobei die zusätzlichen Leistungen steuerfinanziert ausgestaltet werden. Nur wenn sich Leistung lohnt, geht es in der Gesellschaft gerecht zu.

Die Soziale Marktwirtschaft ist die erfolgreichste Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die Deutschland je hatte. Wir in Nordrhein-Westfalen wissen, dass die Soziale Marktwirtschaft nur eine Zukunft hat, wenn wirtschaftliche Vernunft mit sozialer Gerechtigkeit einhergeht. Wir in Nordrhein-Westfalen sind „das soziale Gewissen Deutschlands“, wie unser erster frei gewählter Ministerpräsident Karl Arnold gesagt hat. Hier bei uns wurde der Klassenkampf beendet und die soziale Partnerschaft begründet. Die große Leistung der CDU war und ist es, Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht als Gegensatz, sondern als Einheit zu verstehen. Diese grundlegende Haltung hat die CDU gerade in Nordrhein-Westfalen immer sowohl von der reinen Marktgläubigkeit der Neoliberalen als auch von der Staatsgläubigkeit der linken Parteien unterschieden. Das war und ist ihr Erfolgsrezept. Das war und ist ihr Markenkern. Deshalb ist sie die Partei der Mitte.

Der Erfolg der CDU in den letzten Jahrzehnten liegt in der konsequenten Verbindung von Wirtschafts- und Sozialpolitik und in der Abkehr von einem materialistischen Menschen-

bild. Ein ungebremster Materialismus hat uns in die tiefe Wirtschaftskrise gestürzt. Dieser Materialismus ist mit unserem christlichen Menschenbild nicht vereinbar. Die Politik der CDU Nordrhein-Westfalen ist wertegebundene Politik. Nicht die soziale Herkunft zählt, sondern Verantwortung zu übernehmen und sich einzusetzen für andere: In der Familie, in der Gemeinde, in der Kommune, in Vereinen und auch in der Politik. Wer den Gemeinsinn, den Familiensinn, den Sinn für Heimat stärkt, der lebt die Bürgergesellschaft. Und wer dafür Politik macht, macht eine Politik der neuen Sicherheit.

Die Relativierung von Werten bedroht unsere Gesellschaft. Nicht alles ist möglich. Nicht alles, was gefällt, ist auch erlaubt. Wenn eine Gesellschaft ihre eigenen Werte nicht kennt, dann zerfällt sie. Deshalb treten wir gegen die Verfügbarkeit menschlichen Lebens an, sei es am Anfang wie am Ende.

Wir streiten konsequent für Recht und Ordnung. Es kann nicht sein, dass sich Menschen in ihrer Stadt nicht mehr sicher fühlen können, dass Eltern ihre Kinder nicht mehr ohne Angst auf der Straße spielen lassen können. Unsere Kinder haben ein Anrecht darauf, dass sie sicher leben können. Eine Gesellschaft, die ihre Kinder nicht wirksam schützt, gefährdet nicht nur ihren Zusammenhalt, sondern sie stellt sich selbst in Frage.

Eine Politik der neuen Sicherheit heißt, sozialen Aufstieg möglich zu machen: Durch ein Bildungssystem, das jedes Kind schon im Kindergarten individuell fördert, das Ganztagschulen anbietet, damit Familie und Beruf besser verbunden werden können, das Hauptschüler nicht abschreckt, sondern ihnen eine Berufsausbildung ermöglicht und das das gegliederte Schulsystem zukunftsfähig erhält. Wir sind für das gegliederte Schulsystem und gegen die Einheitsschule. All das sind Elemente einer wertegebundenen Politik. Damit wird die Einheit der Gesellschaft bewahrt. So ist neue Sicherheit für alle möglich.

Die kommenden Jahre werden nicht einfach. Die Krise war hart. Sie ist noch nicht vorbei. Wir werden noch einige Zeit brauchen, um sie zu bewältigen. Wir brauchen wieder Wachstum. Dann müssen die Schulden abgebaut werden. Gleichzeitig stellen sich große Herausforderungen. Die drohende Klimakatastrophe erfordert eine neue Art zu leben und zu wirtschaften. Die älter werdende Gesellschaft erfordert einen Umbau der Betriebe und der

Infrastruktur. Der Übergang von der Industrie- zur Wissensgesellschaft verlangt von uns ein exzellentes Bildungs- und Forschungssystem.

Um diese Herausforderungen zu meistern, müssen wir langfristiger als bisher denken. Gerade in Zeiten der Krise ist das immer wichtiger. Wir haben eine Vision, wie wir leben wollen. „Nordrhein-Westfalen 2020“ ist unser Ziel – für mehr Lebensqualität, für mehr Menschlichkeit, für mehr Miteinander, für die Einheit der Gesellschaft.

Der verstorbene Vorsitzende der Zukunftskommission Nordrhein-Westfalen Lord Dahrendorf hat es klar formuliert: Eine Gesellschaft, die nur auf wissenschaftliche und wirtschaftliche Innovationen setzt, droht auseinanderzufallen. Eine Gesellschaft, die sich mit der Erhaltung des Status Quo begnügt und allenfalls Fragen der „gerechten Verteilung“ stellt, droht zu erstarren. Nur wenn Innovation und Solidarität zusammenkommen, hat die Gesellschaft freier Bürger Zukunft. Nur wenn Innovation und Solidarität verbunden werden, gibt es neue Sicherheit. Das ist unser politischer Kompass heute und in Zukunft.

Wachstum schafft Arbeit

Wir haben 2005 eine Staatsverschuldung von 110 Milliarden Euro übernommen. Wir haben das getan, was wir versprochen haben: Mit einem strikten Sparkurs haben wir die Nettoverschuldung 2006 fast halbiert und bis 2008 auf den niedrigsten Stand seit über 30 Jahren heruntergefahren. Aber die Krise hat uns zurückgeworfen. Es ist falsch, gegen die Krise anzusparen. Damit würde neues Wachstum abgewürgt. Wir haben schnell und entschlossen auf die Krise reagiert. Mit 7,7 Mrd. Euro beteiligt sich Nordrhein-Westfalen in einer historisch einmaligen Kraftanstrengung daran, die Krise zu überwinden: Mit der Stabilisierung der Banken, mit den Maßnahmenpaketen I und II zur Stabilisierung der Konjunktur, mit dem Zukunftspakt für die Kommunen für Investitionen in Bildung und Infrastruktur, mit der Verlängerung des Kurzarbeitergeldes und mit dem Deutschlandsfonds für die Unternehmen, vorgeschlagen von uns in Nordrhein-Westfalen. Damit haben wir seit Anfang 2009 bereits 11.000 vor allem kleinen und mittleren Unternehmen eine Brücke gebaut, um die Krise zu überstehen. Außerdem hat das Land allein 2009 für Unternehmen Bürgschaften mit einem Volumen von 601 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Mit all diesen Maßnahmen kommen wir gestärkt aus der Krise heraus.

Unsere langfristig orientierte Politik für mehr Wachstum setzt darauf, die eigenen Stärken zu stärken. Wir sind und bleiben Industrieland. Deshalb müssen wir unsere industriellen Kerne stärken. Und das tun wir am besten durch Vernetzung, denn sie ist der Schlüssel zum Erfolg. Unsere Kernkompetenzen liegen in der Logistik, in der Energiewirtschaft, in der Chemie, im Bereich der Materialwirtschaft und der neuen Werkstoffe, aber auch bei Telekommunikation, Medien und Kreativwirtschaft. Ein besonderer Jobmotor ist auch die Gesundheitswirtschaft, die wir gezielt fördern, u.a. mit dem neuen Gesundheitscampus in Bochum. In all diesen Bereichen werden wir unsere Cluster-Strategie noch weiter ausbauen. Denn entscheidend ist die enge Kooperation von Unternehmen mit Wissenschaft und Verbänden. Entscheidend sind langfristige Strategien der erfolgreichen Entwicklung innovativer Produkte entlang der gesamten Wertschöpfungskette: Von der Forschung über die Produkteinführung und Markterschließung bis hin zur Infrastruktur. Je enger die Vernetzung, umso mehr Wachstum und damit auch neue Arbeitsplätze!

Mehr Wachstum heißt aber auch Investitionen in Innovationen. Wir haben seit 2005 die Förderung von Innovationen um ein Viertel auf fast 600 Millionen Euro gesteigert. Innovationen entstehen in starken Hochschulen. Deshalb haben wir unsere Hochschulen von bürokratischen Fesseln befreit und ihnen finanzielle Planungssicherheit gegeben. Außerdem werden wir bis 2020 rund 8 Mrd. Euro zusätzlich für die Modernisierung der Hochschulen investieren. Nordrhein-Westfalen gründet vier neue Fachhochschulen und baut acht bestehende aus. So werden 11.000 neue Studienplätze geschaffen. Auch die sozial ausgestalteten Studienbeiträge sind ein wichtiger Beitrag, um unsere Hochschulen leistungsfähig zu halten und Lehr- und Studienbedingungen entscheidend zu verbessern – dass die Zahl der Studierenden seit Mai 2005 nicht gesunken, sondern um fast 9,5 Prozent gestiegen ist, gibt uns mit diesem Kurs recht. Allerdings werden wir darauf dringen, dass die Beiträge für das Studium in transparenter Weise auch tatsächlich zur Verbesserung der Lehre und der Studienbedingungen eingesetzt werden.

Investitionen in Innovationen heißt, Spitzenforschungsprojekte zu fördern. Allein in die Zukunftsfelder Biotechnologie, Nano- und Mikrotechnik, Innovative Werkstoffe und Energie- und Umweltforschung fließen bis 2010 Landesmittel von jeweils 100 Millionen Euro für Spitzenforschungsprojekte. Außerdem haben wir seit der Regierungsübernahme gemeinsam mit der Wirtschaft 24 neue Spitzenforschungsinstitute, High-Tech-Labore und

Denkfabriken eingerichtet, die die Grundlage für neue Arbeitsplätze schaffen. So viel wissenschaftliche Exzellenz hat in den letzten Jahren kein anderes Bundesland aufgebaut. Der Erfolg ist mit Händen zu greifen: Heute haben wir im Bereich Forschung und Entwicklung fast 11 Prozent mehr Arbeitsplätze als 2005. Das ist weit mehr als der Bundesdurchschnitt und der höchste Zuwachs in der Geschichte des Landes.

Die Zukunft liegt in der noch besseren Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft. Das neue Hochschul-Netzwerk „InnovationsAllianz“ von 24 nordrhein-westfälischen Hochschulen setzt dafür bereits wichtige Akzente und wir werden dabei helfen, Hochschulen und Wirtschaft noch enger zu vernetzen: Mit einer umfassenden Partnerschaft von Hochschulen und Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen. Außerdem werden wir in Zukunft noch stärker als bisher die Öffnung der Hochschulen für beruflich Qualifizierte vorantreiben. Und wir werden den Mittelstand weiter stärken, z.B. durch das Förderpaket für den forschenden Mittelstand mit Innovationsdarlehen, Innovationsgutscheinen und Innovationsassistenten – bis 2012 mit einem Gesamtvolumen von rund 32 Mio. Euro.

Bildung für alle

Unsere Politik der neuen Sicherheit will, dass jedes Kind die Chance auf Entfaltung, auf Bildung und auf Glück hat. Mehr Allgemeinbildung, eine individuellere Förderung und mehr soziale Durchlässigkeit – das sind die Prinzipien unserer großen Schulreform im Jahr 2006. Aber wir haben auch ein neues Lehrerausbildungsgesetz mit höherem Praxisanteil etabliert. Vor allem werden wir bis Ende 2010 über 8.000 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen und damit den Unterrichtsausfall gegenüber Mai 2005 halbiert haben. Wir haben mehr Ganztagschulen eingerichtet: 2005 gab es an den Grundschulen nur rund 71.000 Ganztagsplätze, im Schuljahr 2010/11 werden es zusammen mit den Haupt- und Realschulen und Gymnasien 349.200 Ganztagsplätze sein! Und wir haben die individuelle Förderung gestärkt, zum Beispiel durch Lernstudios und gezielte Programme für lernschwache Schülerinnen und Schüler. Die Erfolge können sich sehen lassen: Schon 314 Schulen in Nordrhein-Westfalen haben das bisher bundesweit einmalige Gütesiegel für individuelle Förderung in der schulischen Praxis erhalten. Wir haben 2009 den niedrigsten Stand an Sitzenbleibern seit Beginn der Erhebung erzielt. Und auch beim Abitur haben wir das beste Ergebnis seit dem Beginn der Aufzeichnung erreicht. Darauf können wir stolz sein.

In Zukunft werden wir die Anzahl der Ganztagsangebote stärker als bisher erhöhen, insbesondere an Grund- und Hauptschulen. Das Ziel ist, dass bis 2015 43 Prozent aller Schüler – d.h. fast 714.000 Schülerinnen und Schüler – einen Ganztagsplatz in Anspruch nehmen können und dieses Angebot auch in den folgenden Jahren noch weiter ausgebaut wird. Wir arbeiten weiter daran, dass die Klassen in Zukunft kleiner sind. Das gilt vor allem für die Grundschulen, denn hier wird die Grundlage für den weiteren Bildungs- und Berufserfolg gelegt. Wir werden außerdem die Hauptschulen weiter verstärkt durch den Ausbau der „Qualitätsoffensive Hauptschule“ fördern und für den Erhalt eines ortsnahen Schulangebots sorgen.

Von großer Bedeutung ist auch die Reform der Lehrerausbildung. Und wichtig ist, dass der Beruf des Lehrers wieder die öffentliche Anerkennung bekommt, die er verdient. Denn kaum ein Beruf ist so wichtig für unsere Zukunft. Dafür werden wir uns einsetzen. Wir wollen mehr junge Menschen dafür begeistern, Lehrer zu werden. Wie das gehen kann, zeigt ein von der Wirtschaft und der Landesregierung gemeinsam getragenes Programm, bei dem besonders begabte Hochschulabsolventen für zwei Jahre an die Brennpunktschulen unseres Landes gehen und das Lehrerkollegium durch Projektarbeit und individuelle Förderung unterstützen. Sie helfen damit Schülerinnen und Schülern, die es im Leben besonders schwer haben. Und lernen selbst dabei sehr viel, vor allem die Begeisterung für den Lehrerberuf. Solche Projekte sind wegweisend für die Zukunft. Wir wollen, dass jede Lehrerin und jeder Lehrer in diesem Land weiterhin mit Recht sagen kann: Ich bin stolz, für die Bildung unserer Kinder verantwortlich zu sein. Wir wollen, dass diese Leistung auch öffentlich gewürdigt wird. Hierzu muss auch die Wirtschaft ihren Teil beitragen.

Mit dem Ende der Legislaturperiode werden wir rund 2,7 Milliarden Euro mehr für Kinder, Jugend und Bildung ausgegeben haben als die Vorgängerregierung. Ganz konkret heißt das zum Beispiel: 2005 war Nordrhein-Westfalen mit rund 11.800 Plätzen bundesweit Schlusslicht bei der Betreuung von Kindern unter drei Jahren. Mit dem Haushalt 2010 haben wir diese Zahl mit rund 100.500 Plätzen mehr als verachtfacht. Mit großem Erfolg erweitern wir unsere Kindertagesstätten zu Familienzentren. Unser neues Kinderbildungsgesetz hat die frühkindliche Bildung verbessert, z.B. durch den Ausbau der vorschulischen Sprachförderung, die gerade Kindern mit Zuwanderungsgeschichte die Integration erleichtert.

In den nächsten Jahren werden wir die Betreuung für die Kinder unter drei Jahren weiter ausbauen: Bis zum Jahr 2013 soll für ein Drittel der Unterdreijährigen ein Platz in einer Tageseinrichtung oder in der Kindertagespflege geschaffen werden. Bis dahin wollen wir auch die Zahl der Familienzentren von heute 1.750 auf dann 3.000 erhöhen um mitzuhelfen, flächendeckend Eltern in ihrer Erziehungskompetenz zu stärken.

Beschäftigungssicherheit für viele

Beschäftigungssicherheit für viele heißt, sich nicht damit abzufinden, dass Menschen auf Dauer keine Chance auf Arbeit haben. Mit unserem bundesweit vorbildlichen Kombilohn-Modell, das Arbeitgebern und Arbeitnehmern gleichermaßen mit Zuschüssen hilft, haben wir es geschafft, rund 10.000 Langzeitarbeitslosen wieder eine Perspektive zu geben.

Beschäftigungssicherheit für viele heißt, nicht hinzunehmen, dass jemand trotz Vollbeschäftigung seine Familie nicht ernähren kann. Man muss von seiner Arbeit leben können. Deshalb gehen wir entschlossen gegen Dumpinglöhne vor. Mit Allgemeinverbindlichkeits-erklärungen für Tarifverträge haben wir erreicht, dass mehr als 230.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine ausreichend bezahlte Arbeit haben. Wir haben durchgesetzt, dass es ein gesetzliches Verbot sittenwidriger Löhne geben wird. Wir sind aber gegen einen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn, weil er Arbeitsplätze vernichtet.

Beschäftigungssicherheit für viele heißt, dass wir uns nicht damit abfinden, dass Menschen keine Chancen mehr haben, wenn sie entlassen werden. Deshalb haben wir dafür gekämpft, dass von den im Herbst 2006 bei BenQ entlassenen Mitarbeitern über 80 Prozent wieder einen neuen Job bekommen haben. Und auch die meisten der von Nokia in Bochum entlassenen Mitarbeiter haben durch unseren Einsatz wieder eine neue Perspektive: Auf Druck der Landesregierung hin hat Nokia 200 Millionen Euro in einen Sozialplan investiert. Und mit dem Landes-Programm „Wachstum für Bochum“ in Höhe von 53 Mio. Euro unterstützen wir die Schaffung neuer Arbeitsplätze in der Region.

Beschäftigungssicherheit für viele heißt aber auch, dass junge Menschen Einstiegsmöglichkeiten in den Beruf haben. Deshalb geben wir mit dem 3. Weg in die Berufsausbildung, dem Sonderprogramm Ausbildung und dem Werkstattjahr allen Jugendlichen eine berufli-

che Perspektive: 2008 sind dank unseres Ausbildungskonsenses rund 20.000 zusätzliche Lehrverträge abgeschlossen worden. Damit sind so wenige Jugendliche ohne Ausbildungsplatz wie seit zehn Jahren nicht mehr. Das ist ein großer Erfolg.

Kein Jugendlicher, der kann und will, darf zurückbleiben. Gerade die Förderung junger Menschen mit Behinderung ist uns ein besonderes Anliegen. Wir wollen, dass mehr behinderte Jugendliche in Regelschulen unterrichtet werden. Mit dem Ausbildungsjahr 2006/2007 haben wir das Programm „100 zusätzliche Ausbildungsplätze für behinderte Jugendliche und junge Erwachsene in Nordrhein-Westfalen“ gestartet. Damit konnten bislang mehr als 300 Ausbildungsplätze zusätzlich geschaffen werden. Und wir haben außerdem ein Projekt zur Integration lernbehinderter Jugendlicher in Ausbildung (ILJA) entwickelt, mit dem wir alle lernbehinderten Jugendlichen ab der achten Klasse individuell fördern werden.

In der kommenden Legislaturperiode werden wir ein umfassendes Konzept zur Stärkung der Ausbildungsfähigkeit junger Menschen umsetzen: Mit regionalen Bildungsnetzwerken der Kreise und kreisfreien Städte werden alle kommunalen und gesellschaftlichen Kräfte vor Ort zur Unterstützung von Schulen gebündelt. Ab der 8. Klasse wird es eine systematische individuelle Förderung zur beruflichen Orientierung und Ausbildungsfähigkeit geben, in die Lehrkräfte, Berufsberatung, Betriebe und Eltern gleichermaßen eingebunden sind. Für alle Jugendlichen mit Förderbedarf nach der Schule entwickeln wir ein Übergangssystem mit individuellen Förderwegen einschließlich einer anerkannten Berufsausbildung. Unser Ziel ist, dass Betriebe, Berufskollegs und Bildungsträger im Verbund alle Jugendlichen so ausbilden, dass sie einen Abschluss mit Zertifikat erreichen und damit erfolgreich ins Berufsleben starten können.

Ein weiteres Ziel ist, die beruflichen Chancen von Frauen zu verbessern. Wir haben schon viel erreicht, z. B. durch gezielte Förderprogramme für junge Wissenschaftlerinnen, Unternehmerinnen und alleinerziehende Mütter oder Frauen im öffentlichen Dienst. Aber trotz hoher Bildungsqualifikationen sind Frauen gerade in den oberen Karriereetagen immer noch weit unterrepräsentiert und weiterhin gibt es eine beachtliche Lohnungleichheit bei Frauen. Wir werden die Berufswahlorientierung hin zu Berufen mit besseren Aufstiegschancen verbessern, Frauen ermuntern und unterstützen, Verantwortung und Führung zu

übernehmen und bessere Rahmenbedingungen für eine stärkere Repräsentanz von Frauen in Beiräten und Aufsichtsräten schaffen. Wir wollen helfen, die Arbeitswelt familienfreundlicher zu gestalten und die Angebote der Kinderbetreuung weiter ausbauen.

In der Wissensgesellschaft ist es entscheidend, dass jeder sich weiterbildet. Lebensbegleitendes Lernen muss für alle zum Leitbild werden. Wir wollen das unterstützen, indem wir u.a. die Weiterbildung stärken, gerade für die Älteren. So schaffen wir auch die Grundlage für eine freiwillige nachberufliche Tätigkeit. Auf die Kompetenz und Erfahrung der Älteren wollen wir nicht verzichten. Unser Programm der Bildungsschecks ist ein Erfolg: 250.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben daran teilgenommen. Wir wollen, dass es noch mehr werden. Und wir werden dafür sorgen, dass auf Grundlage des geltenden Rentenrechts die Übergänge vom Erwerbsleben in den Ruhestand flexibler werden. Es muss bessere Möglichkeiten für Teilrenten und Hinzuverdienstmöglichkeiten geben.

Kein Kind bleibt zurück

Wir kämpfen entschlossen gegen Kinderarmut. Jedes vierte Kind ist immer noch von Armut bedroht. Viele Kinder bekommen nicht einmal ein Frühstück oder eine warme Mahlzeit. Das ist in einem reichen Land wie Deutschland ein Skandal. Jedes Kind in Armut ist ein Kind zuviel! Kinderarmut wirksam zu bekämpfen, ist ein wesentlicher Bestandteil der Politik der neuen Sicherheit. Deswegen haben wir uns nicht nur erfolgreich für die Ausweitung der Hartz-IV-Regelsätze für Kinder eingesetzt, sondern auch den Landesfonds „Kein Kind ohne Mahlzeit“ eingerichtet, der Kindern aus sozial benachteiligten Familien hilft. Und wir werden uns weiter vor allem dem Kampf gegen Kinderarmut widmen, z.B. durch den Ausbau von Kindertafeln. Damit Kinder besser vor Vernachlässigung geschützt werden, haben wir die sozialen Frühwarnsysteme flächendeckend ausgebaut.

Mehr Lebensqualität für Ältere

Wir wissen, dass der Anteil der über 65-Jährigen in den nächsten Jahrzehnten deutlich steigen wird. 2009 lebten zum ersten Mal mehr über 65-Jährige in Nordrhein-Westfalen als unter 20-Jährige. Dieser demografische Wandel wird sich Jahr für Jahr fortsetzen. Wir brauchen ein neues Bild der Älteren. Sie sind aktive Gestalter, gesellschaftspolitisch und

ehrenamtlich engagiert. Wir müssen die Potenziale der Älteren besser nutzen und neue Formen der Teilhabe entwickeln.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Älteren so lange wie möglich in ihren eigenen vier Wänden leben können. Und unser Ziel ist, Betreuungs- und Pflegeeinrichtungen zu schaffen, durch die ältere Menschen auch in der Pflege so lange wie möglich selbstbestimmt leben. Unser neues Heimgesetz ist ein Meilenstein für mehr Lebensqualität, weniger Bürokratie und mehr Eigenverantwortung. Denn das Heim soll nicht Krankenhaus, sondern Wohnung für die alten Menschen sein.

Mehr Lebensqualität für Ältere heißt, dass wir gegen Altersdiskriminierung vorgehen. Zusammen mit den Banken und Sparkassen arbeiten wir daran, die Praxis zu beenden, dass zum Beispiel jemand keine Versicherung oder keinen Kredit für den Aufbau eines Unternehmens mehr bekommt, nur weil er älter ist. Mehr Lebensqualität für Ältere heißt, gegen Alterarmut zu kämpfen: Mit dem erfolgreichen Einsatz für die Erhöhung des Schonvermögens bei Hartz-IV-Empfängern haben wir einen wichtigen Beitrag dazu geleistet. Und mehr Lebensqualität für Ältere heißt mehr Prävention und eine bessere Gesundheitsversorgung. Wir wollen Gesundheit fördern, nicht lediglich Krankheit finanzieren. Durch Gründung neuer Forschungszentren, wie z.B. dem Max-Planck-Institut für die Biologie des Alters in Köln, tragen wir dazu bei, dass typische Alterskrankheiten wie Demenz, Alzheimer oder Herz-Kreislauf-Erkrankungen besser erforscht und behandelt werden können.

In Zukunft werden wir daran arbeiten, unser Heimgesetz flächendeckend umzusetzen. Außerdem fördern wir den Bau von Wohngenossenschaften und Wohnstiften anstelle traditioneller Altersheime. Und wir kämpfen weiter gegen Altersarmut: Wir setzen uns für eine Alterseinkommen ein, das oberhalb der Grundsicherung liegt, denn es kann nicht sein, dass jemand, der ein Leben lang gearbeitet hat, am Schluss weniger bekommt als jemand, der kaum gearbeitet hat.

Für starke Kommunen

Wir wollen starke Kommunen. Von den 2,844 Milliarden Euro aus den Konjunkturpaketen des Bundes und Landes haben wir 84 Prozent direkt an die Kommunen weitergeleitet – so viel wie kein anderes Bundesland. Zwei Drittel der Fördergelder sind bereits für fast 5.000 Projekte vor allem im Bereich Bildung und Infrastruktur verplant. Sie werden Wirkung zeigen, vor allem in den finanzschwachen Kommunen, denn wir haben dafür gesorgt, dass auch sie von den Hilfen profitieren können.

Für starke Kommunen haben wir außerdem ein Standardbefreiungsgesetz beschlossen und das kommunale Auftragswesen vereinfacht: Wir haben die Wertgrenzen für beschränkte Ausschreibungen und freihändige Vergabe deutlich erhöht. Und wir haben dafür gesorgt, dass die Gemeinden 2008 und 2009 mit 15,7 bzw. fast 15 Milliarden Euro mehr Geld bekommen als jemals zuvor. Nach der aktuellen Modellrechnung für 2010 werden die Kommunen 7,6 Milliarden Euro im Finanzausgleich erhalten. Das ist nach dem Rekordjahr 2009 der zweithöchste je gezahlte Betrag. Und weil Investitionen in Bildung Investitionen in unsere Zukunft sind, bleibt die Schul- und Bildungspauschale mit 600 Millionen Euro unverändert hoch.

Wie für das Land wird auch für die Kommunen die große Aufgabe der nächsten Jahre in der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte liegen. Neben der Nutzung aller Einsparpotenziale ist es unerlässlich, die Kommunen von überzogenen Standards zu befreien und einen adäquaten Kostenersatz für die vom Bund veranlassten Sozialkosten zu gewährleisten. Wir werden im Land auf Grundlage des IFO-Gutachtens gemeinsam mit Kreisen, Städten und Gemeinden ein neues Gemeindefinanzierungsgesetz erarbeiten, das den aktuellen Herausforderungen der Kommunen Rechnung trägt. Darüber hinaus wird es 2010 eine gemeinsame Dialogplattform zwischen Bund, Ländern und Kommunen geben mit dem Ziel, eine gemeinsame Bestandsaufnahme zu erarbeiten und Handlungsempfehlungen zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung vorzulegen.

Entscheidend für die Zukunft ist aber auch, dass wir uns gemeinsam für schönere und lebenswertere Städte einsetzen. Die Menschen und ihre Bedürfnisse müssen im Mittelpunkt stehen. Unsere Städte müssen schöner werden, z.B. durch die Wiederbelebung der Innen-

städte und durch die Wiederentdeckung regionaler Bautraditionen. Unsere Städte müssen mehr Lebensqualität gewinnen. Das heißt zum Beispiel, Zersiedelung und Flächenfraß zu verhindern. Das heißt, die Innenstädte auch als Wohngebiete wieder aufzuwerten. Und das heißt, sich besonders der sozial schwierigen Quartiere anzunehmen, z.B. durch die Neugestaltung von Spielplätzen, Schulhöfen und Grünflächen.

Wir brauchen eine konsequente Orientierung der Wohnungsmärkte an den Bedürfnissen der Menschen. Dabei muss sowohl auf die Bedürfnisse junger Familien eingegangen werden, die günstige Eigenheime erwerben wollen, als auch den Anforderungen einer alternierenden Gesellschaft begegnet werden. Jeder Mensch hat Anspruch auf eine angemessene Wohnung. Dies werden wir auch durch gezielte Förderung sicherstellen. Gleichzeitig werden wir die energetische Modernisierung unserer Wohnungsbestände konsequent vorantreiben.

Vor allem müssen wir unsere Städte und Gemeinden an den demografischen Wandel anpassen. Sie müssen familiengerechter werden und sie müssen besser für die Bedürfnisse einer älteren Gesellschaft gerüstet sein. Das bedeutet, Quartiere nicht um jeden Preis zu sanieren, sondern manche Anlagen auch abzureißen, wenn sie nicht mehr gebraucht werden. Und das bedeutet, besonders barrierefreie Wohnungen auszubauen, die den Bedürfnissen von älteren Menschen und Menschen mit Behinderungen entsprechen. Mehr Lebensqualität für unsere Städte ist die Zukunftsaufgabe für Land und Kommunen gleichermaßen.

Gleiches gilt für unsere ländlichen Räume. Mehr als 60 Prozent der Menschen in Nordrhein-Westfalen leben in ländlichen Räumen. Ländliche Räume sind Chancenräume. Wir tragen ihrer Vielfalt Rechnung. Es gilt zum einen, die ländlichen Räume in ihrer jeweiligen Eigenart touristisch noch besser zu erschließen, Naturschutz wie Landwirtschaft fortzuentwickeln und die hochleistungsfähigen kleinen und mittleren Unternehmen zu stärken. Auf der anderen Seite gilt es, angesichts des demografischen Wandels, Mobilität oder ärztliche und pflegerische Versorgung auf dem Land dauerhaft zu gewährleisten.

Integration in einer weltoffenen Gesellschaft

Die Integration insbesondere der jungen Zuwanderer ist eine Schlüsselfrage für die Einheit unserer Gesellschaft. Die meisten Menschen mit einer Zuwanderungsgeschichte haben sich gut in unsere Gesellschaft integriert. Aber noch zu viele junge Menschen mit einer Zuwanderungsgeschichte sind nicht in unserer Gesellschaft angekommen, sprechen teilweise schlecht Deutsch, verfügen über eine unzureichende Schul- und Berufsbildung und sind überproportional von Arbeitslosigkeit bedroht. Und zu viele haben auch nach wie vor die deutsche Gesellschaft und ihre Grundwerte nicht angenommen. Das wollen wir ändern. Grundlage unseres Zusammenlebens ist für uns die europäische Leitkultur, wie sie im Grundgesetz und in der Charta der europäischen Grund- und Menschenrechte festgelegt ist. Integration heißt deshalb: Für jeden, der bei uns lebt, ist das Grundgesetz verbindlich. Das bedeutet, dass zum Beispiel Gewalt gegen Frauen, Zwangsehen, so genannte Ehrenmorde oder antisemitische Äußerungen und Taten keine kulturellen Besonderheiten sind, sondern unnachsichtig bestraft werden.

Wir sind keine Anhänger einer multikulturellen Gesellschaft, in der die Menschen nebeneinander leben. Wir wollen eine Gesellschaft, in der sie miteinander leben. Jeder soll seine Chance zur Integration bekommen, aber er muss sie dann auch nutzen. Deshalb haben wir in Nordrhein-Westfalen das bundesweit erste Integrationsministerium eingerichtet und mit dem Aktionsplan „Integration Nordrhein-Westfalen – Land der neuen Integrationschancen“ Maßstäbe für eine moderne Integrationspolitik gesetzt. Der Aktionsplan folgt dem Prinzip „Fördern und Fordern“ und konzentriert sich auf Bildung und Arbeit, denn hier liegt der Schlüssel für eine erfolgreiche Integration. Das fängt im vorschulischen Alter an mit verpflichtenden Sprachtests für 4-Jährige und dem massiven Ausbau des Sprachunterrichts. Das setzt sich fort über eine stärkere schulische Förderung der Kinder mit Zuwanderungsgeschichte in allen Schulformen, insbesondere im Rahmen der „Qualitätsoffensive Hauptschule“, und führt bis zu einem breiten Angebot der Sprachförderung in der beruflichen Ausbildung. Denn Bildung und Sprache sind der Schlüssel zur Integration. Wir wollen mehr Zeichen des „Willkommenseins“ geben. Nur, wer sich dazugehörig fühlt, kann auch alle Chancen nutzen.

Integration ist auch eine Herausforderung für den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen. Internationale und globale Kompetenzen im weltweiten Wettbewerb bedürfen auch der Fähigkeiten derjenigen, die aus dem Ausland zu uns kommen oder die dort ihre Wurzeln haben. Sprachkompetenzen und kulturelles Know-How sind zunehmend Schlüsselqualifikationen, die Nordrhein-Westfalen stärker machen und die wir deshalb auch im Bereich der Migranten stärken und nutzen wollen.

Wir brauchen mehr Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in der Verwaltung, bei der Polizei, im Schuldienst und in Kindergärten, aber auch in Ehrenämtern, z. B. als Schulpaten und in der Politik. Und wir wollen uns für die kulturellen und religiösen Anliegen der Zuwanderer öffnen, z.B. durch die Einführung eines bekenntnisorientierten Islamunterrichts in den Schulen unter deutscher Schulaufsicht und mit in Deutschland ausgebildeten Lehrern. Dafür werden wir Islamkunde zum islamischen Religionsunterricht in deutscher Sprache fortentwickeln.

Sicher leben

Neue Herausforderungen brauchen eine neue Balance zwischen Sicherheit und Freiheit. Für uns gilt der Grundsatz: Keine Toleranz gegenüber Gewalt und Verbrechen. Gegen jede Form der Kriminalität gehen wir entschlossen vor. Und: Opferschutz geht vor Täterschutz. Wir wollen die Schließung der Lücken im Recht der Sicherungsverwahrung und die Einführung des Warnschussarrests. Ebenso setzen wir uns für die generelle Anwendung des Erwachsenenstrafrechts auf Heranwachsende bei Erweiterung der möglichen Sanktionsmittel ein.

Wir zeigen vor allem Jugendlichen, die mit dem Gesetz in Konflikt kommen, schnell und entschlossen ihre Grenzen auf: Bei Projekten wie „Gelbe Karte“ oder dem „Staatsanwalt vor Ort“ arbeiten Staatsanwaltschaft, Polizei und Jugendgerichtshilfe an bereits 18 Standorten in Nordrhein-Westfalen eng zusammen. Dadurch ist die Zahl der verurteilten Jugendlichen 2008 im Vergleich zum Vorjahr um beachtliche 13,2 Prozent gesunken. Wir haben außerdem den von der Vorgängerregierung betriebenen Personalabbau in Gerichten, Staatsanwaltschaften und Justizvollzug gestoppt: Zur besseren Bekämpfung der Jugend- und Wirtschaftskriminalität haben wir noch in diesem Jahr rund 70 neue Staatsan-

walts- und Richterstellen geschaffen, im Justizvollzug 346 Stellen neu eingerichtet und weitere 179 Stellen, die ursprünglich wegfallen sollten, erhalten. Im Strafvollzug haben wir schon 1.000 Haftplätze neu geschaffen; weitere 2.000 werden gerade gebaut.

Wir stärken unsere Polizei: Das geänderte Polizeiorganisationsgesetz und das Drei-Säulen-Konzept haben die Polizei sowohl von überflüssiger Bürokratie entlastet und die äußere und innere Organisation gestrafft. Damit sind 500 Polizeibeamtinnen und -beamte zusätzlich in den Polizeiwachen, Bezirksdiensten und Ermittlungskommissariaten im Einsatz. Außerdem haben wir die Neueinstellungen bei der Polizei mehr als verdoppelt. Seit 2008 stellt das Land jährlich 1.100 Polizeianwärter ein. 841 Stellen, die ursprünglich zur Streichung vorgesehen waren, bleiben erhalten. Die Arbeitsbedingungen der Polizei werden deutlich verbessert, zum Beispiel mit modernen Streifenwagen und Ausrüstungen. Das hat sich bezahlt gemacht: Unser Land ist sicherer geworden, weil für uns der Schutz unserer Bürger wichtig ist. Von den 20 sichersten deutschen Großstädten liegen 10 in Nordrhein-Westfalen. Und wir wollen, dass sie noch sicherer werden, z.B. durch die abschreckende Wirkung von Videoüberwachungen in gefährdeten Bereichen der Innenstädte.

In der nächsten Legislatur wollen wir unser Land noch sicherer machen, indem wir das Polizeigesetz novellieren. Wir wollen der Polizei die notwendigen Kompetenzen für eine Telekommunikationsüberwachung und die so genannte Online-Durchsuchung geben und sie durch die Einführung einer Wachpolizei entlasten. Außerdem wollen wir ein Gesetz über die Ombudsperson im Strafvollzug vorlegen und das Untersuchungshaftvollzugsgesetz neu gestalten, um es den Standards des neuen Jugendstrafvollzugsgesetzes anzupassen. Darüber hinaus planen wir eine Bundesratsinitiative für ein Gesetz zur besseren Bekämpfung von Rauschgift in Vollzugsanstalten.

Handeln mit Gewinn für Umwelt und Wirtschaft

Eine große Aufgabe ist die Balance von Ökologie und Ökonomie. Die Bewahrung der Schöpfung ist Voraussetzung einer guten Zukunft für uns und kommende Generationen. Wir nehmen diese Aufgabe an. 2009 haben wir so viel in den Naturschutz investiert wie nie zuvor in der Geschichte Nordrhein-Westfalens. Mit Innovationen im Trinkwasserschutz, mit langfristigen Investitionen für sichere Deiche und mit wirksamen Strategien gegen

Luft- und Lärmbelastungen sorgen wir für Umweltsicherheit, Gesundheit und Lebensqualität. Mit 100 neuen Alleen haben wir ein sichtbares Zeichen gesetzt, wie wichtig uns Umwelt und Landschaft sind. Ideologie und Blockaden in der Umweltpolitik haben wir durch Dialog und Beteiligung abgelöst. Ein Beitrag ist der Dialog Wirtschaft und Umwelt mit Konzepten für schlanke Verwaltung und freiwilligen Umweltleistungen von Unternehmen und Branchen. Diesen Weg setzen wir fort. Das gilt auch für unsere Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen, in der wir seit 2005 eine neue Zuversicht erleben. Wir fördern Chancen in der Land- und Forstwirtschaft, die auch in erneuerbaren Energien liegen. Wir stärken unsere Agrar- und Waldregionen als grüne Lungen des Landes: Diesen Weg flankieren wir durch Klima-Anpassungsmaßnahmen des Landes für die kommenden Jahrzehnte. Sicherheit und Gesundheit sind Kern unseres Verbraucherschutzhandelns.

Aber für uns gilt auch, dass Industrie und Umweltschutz keine Gegensätze sind. Die Industrie wurde in der Vergangenheit zu oft als Problem für die Umwelt gebrandmarkt. Das ist falsch. Die Industrie ist nicht das Problem, sondern Teil der Lösung. Deshalb haben wir den „Dialog Industrie und Umwelt“ gegründet und die „Allianz für Industrie und Nachhaltigkeit“ ins Leben gerufen. Wir wissen um unsere besondere Verantwortung und auch die Chancen, die sich für uns als Energieland Nr. 1 ergeben. Um das Ziel einer begrenzten Erderwärmung zu erreichen, müssen wir uns mit der Abscheidung und Speicherung von CO₂ beschäftigen, damit unsere Gas- und Kohlekraftwerke, aber auch unserer Industrieprozesse zukunftsfähig bleiben. Bis die CO₂-Abscheidung wettbewerbsfähig ist, brauchen wir weitere hocheffiziente Gas- und Kohlekraftwerke, die alte Kraftwerke ersetzen und unseren wirtschaftlichen Vorsprung sichern. Wir arbeiten an einer Darstellung möglichst aller Potenziale für die Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung, um sie besser als bisher nutzen zu können. Die Erneuerbaren Energien haben in NRW das Potenzial, unsere Energieversorgung nachhaltig und wirtschaftlich zu sichern. Im Windenergiebereich geht es vor allem um den Ersatz vieler alter durch weniger neue und effizientere Windanlagen. Das Zusammenwirken der Unternehmen, Wissenschaftler und Politik bringt uns Wachstumsimpulse für die weiteren Felder der Energiewirtschaft wie Geothermie, Biomassenutzung oder Solarenergie. Wir beschäftigen in NRW bereits beinahe ebenso viele Menschen im Bereich der Erneuerbaren Energien wie im Bergbau. Die Investitionen in Erneuerbare Energien, aber auch in hocheffiziente Kraftwerkstechnologien bringen weiteres wirtschaftliches Wachstum, eine Verbesserung der globalen Wettbewerbsfähigkeit und mehr Arbeitsplätze

für NRW. Bis 2020 werden wir damit die CO₂-Emissionen Nordrhein-Westfalens um 81 Mio. Tonnen reduzieren. Das sind rund 44 Prozent des Einsparvolumens, das die Bundesregierung bis 2020 anstrebt.

Klimaschutz ist eine große Chance für effiziente und regenerative Umwelttechnologien. Einseitige Emissionsbeschränkungen führen zu einer unverhältnismäßigen Belastung besonders energieabhängiger Branchen. Deshalb setzen wir auf eine Ausdehnung verbindlicher Standards über Europas Grenzen hinaus.

Für die Zukunft gilt: Wir sind und bleiben Industrieland. Aber wir wollen auch zum Vorreiter einer Umweltpolitik der Zukunft werden. Wir arbeiten an der Vision einer neuen grünen Mitte in der Metropole Ruhr – mit dem größten wasserwirtschaftlichen Projekt Europas, das die Emscher wieder zu einem sauberen Fluss und zum Lebensmittelpunkt einer ganzen Region macht. Nicht umsonst wird schon heute vom „Wunder der Emscher“ gesprochen.

Ein zweites großes Zukunftsprojekt ist die Entwicklung des Elektro-Autos. Wir treiben Forschung und Entwicklung in diesem Bereich voran. Bis 2020 sollen 250.000 Elektrofahrzeuge auf den Straßen von Nordrhein-Westfalen rollen. Nordrhein-Westfalen ist die erste großräumige Modellregion für Elektro-Autos in Europa.

Aber auch Sicherheit und Gesundheit der Verbraucher stehen für uns im Mittelpunkt, wenn wir uns für eine hervorragende Qualität unserer Gewässer oder für die Sicherheit der Lebensmittel einsetzen. Unser Ziel ist der gut informierte und souveräne Verbraucher. Und deshalb engagieren wir uns in besonderem Maße für den Verbraucherschutz. Die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen wird vom Land über mehrere Jahre verlässlich finanziert. Das ist deutschlandweit einmalig und vorbildlich.

Investitionen in eine moderne Infrastruktur

Unsere Infrastruktur ist eine unserer ganz großen Stärken als international bedeutsamer Wirtschaftsstandort. Verkehrsprognosen sagen uns allerdings bis 2025 für alle Verkehrs-

wege einen drastischen Anstieg voraus: Um knapp ein Fünftel beim Personenverkehr und um über zwei Drittel beim Güterverkehr. Wir wollen kein Verkehrschaos. Unter Rot-Grün gab es 2004 nur einen Planfeststellungsbeschluss für den Ausbau einer Bundesfernstraße. 2005 haben wir dafür gesorgt, dass bereits 9 Straßenbaumaßnahmen Baurecht erlangten. In den Folgejahren konnte die Zahl der Planfeststellungsbeschlüsse sogar noch gesteigert werden. Wir investieren weiter mit Hilfe des Bundes massiv in die Verkehrsinfrastruktur: 1,3 Milliarden Euro fließen allein 2009 in die Sanierung von Autobahnen und Bundes- und Landstraßen. 300 Millionen Euro erhalten die Kommunen, um die Verkehrssituation in den Städten und Gemeinden zu verbessern. Und wir werden uns dafür einsetzen, dass der Bund mit einem „Nachholprogramm West“ seinen Anteil an den Investitionen in die Infrastruktur unseres Landes in den kommenden Jahren aufstockt.

Auch die Häfen sind eine Stärke unseres Landes. Wir werden sicherstellen, dass sie sich weiter entwickeln können. Der Duisburger Hafen ist schon heute der größte Binnenhafen der Welt. Für den Ausbau von Logport II werden wir insgesamt 48,8 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Zudem haben wir uns gemeinsam mit dem Bund und der Deutschen Bahn im „Masterplan NRW“ auf einen Ausbau der Schieneninfrastruktur geeinigt: Der Rhein-Ruhr-Express kommt. Für die Betuwe-Linie, die Nordrhein-Westfalen an den Seehäfen Rotterdam anbinden soll, laufen die Planungen. Die Anbindung des Antwerpener Hafens durch den neuen „Eisernen Rhein“ werden wir weiter vorantreiben. Wir haben eine positive Weiterentwicklung unserer Flughäfen ermöglicht. Wir werden weiterhin dafür sorgen, dass Nordrhein-Westfalen seiner Bedeutung als Drehkreuz des internationalen Luftverkehrs in Zukunft noch besser gerecht wird. Gleichzeitig werden wir dabei die Interessen der Anwohner der Flughäfen berücksichtigen.

Wir werden eine umfassende Infrastrukturplanung für das Land erstellen. Auch das hat uns die Zukunftskommission zur Aufgabe gemacht: Mit klaren Prioritäten, mit klaren Zielvorgaben für mehr Mobilität. Das werden wir weiter ausbauen und verbessern, auch durch eine einheitliche Verkehrszentrale, um alle Verkehrsinformationen zu bündeln. In Zukunft gilt noch mehr als bisher: Erfolg braucht Vernetzung, gerade in der Metropole Ruhr – und insbesondere für den Öffentlichen Personennahverkehr. Das ÖPNV-Gesetz sieht mehr Kooperation und leistungsfähigere Strukturen vor. Das muss jetzt zügig in Stadt und Land

umgesetzt werden. Dabei müssen alle an einem Strang ziehen, zum Beispiel auch bei der Einführung eines einheitlichen Tarifsystems.

Auch bei der Internetversorgung wollen wir noch vorhandene Lücken schließen. Insbesondere im ländlichen Raum ist die Breitbandversorgung ein wichtiger Standortfaktor. Wir haben es ermöglicht, dass auch Nothaushaltskommunen an den Förderprogrammen teilhaben können. Investitionen kommunaler Unternehmen in Glasfaserausbau im Rahmen von Open Access-Modellen sind ein guter Weg, dafür sollen die Rahmenbedingungen verbessert werden. Die Planung der Breitbandinfrastruktur durch die jeweiligen Kommunen soll gefördert werden durch den Ausbau von Beratungsangeboten im Rahmen des von uns eingerichteten „Breitband Competence Center“ an der FH Südwestfalen.

Wir setzen auf kreative Köpfe

Nordrhein-Westfalen ist eine der großen Kulturmetropolen der Welt. Wir können zum Magneten für kreative Köpfe aus der ganzen Welt werden. Staatliche Kulturförderung ist kein Luxus. Sie ist auch nicht nur ein Wirtschaftsfaktor, weil Kreative dorthin gehen, wo sie ein breites kulturelles Angebot finden. Sie ist auch elementar, um die Einheit der Gesellschaft zu bewahren. Viel zu lange ist Kultur sozial exklusiv verstanden worden. Es kommt aber darauf an, eine Kultur für alle zu schaffen. Darum haben wir die Kulturfördermittel gegenüber 2005 verdoppelt.

Dabei liegt uns die kulturelle Erziehung von Kindern und Jugendlichen besonders am Herzen. Deshalb haben wir die Mittel für kulturelle Bildung von jährlich 6 Mio. Euro auf mittlerweile 13 Mio. Euro pro Jahr erhöht. Mit dem Programm „Jedem Kind ein Instrument“ sorgen wir dafür, dass jeder Grundschüler im Ruhrgebiet ein Instrument erlernen kann. Unser Ziel ist es, das Programm auf ganz Nordrhein-Westfalen auszuweiten. Mit dem Programm „Kultur und Schule“ holen wir mehr als 1.100 Künstlerinnen und Künstler in die Schulen, damit bei unseren Kindern die kulturelle Bildung gestärkt und ihre Kreativität frühzeitig gefördert wird: Mehr als 1.500 Projekte sind dadurch schon realisiert worden.

2010 wird die Metropole Ruhr zur europäischen Kulturhauptstadt, vom Land mit rund 120 Millionen Euro unterstützt. Davon wird ein Signal ausgehen. Sie wird den Menschen in

Deutschland, Europa und der Welt zeigen: Nordrhein-Westfalen ist nicht nur eine einzigartige Industrieregion, sondern auch eine der kreativsten Kulturregionen Europas. Wir wandeln uns vom Kohle- zum Kreativland. Wir wollen, dass Kultur und Kreativität zu unserem Markenzeichen werden, zum Kern der „Marke Nordrhein-Westfalen“.

Eine Kultur von allen für alle bleibt auch in Zukunft unser Kompass. Deshalb werden wir unter anderem die Programme „Jedem Kind ein Instrument“ und „Künstler in die Schule“ erweitern. Aber wir müssen uns auch noch mehr als bisher auf unsere Stärken konzentrieren, auf das, was sonst niemand hat, zum Beispiel unsere einzigartige Industriekultur. Daran arbeiten wir z.B. durch den Umbau des Dortmunder U zu einem europaweit einzigartigen Zentrum für Kunst und Kreativität oder durch das neue RuhrMuseum, mit dem das Weltkulturerbe Zollverein einen neuen Mittelpunkt bekommt, oder durch die Unterstützung der großen internationalen Kunstaussstellung auf der Emscher-Insel.

Unser Ziel ist, im ganzen Land einzigartige Akzente für Kunst und Kultur zu setzen. Dabei greifen wir regionale Aktivitäten im Rheinland und in Westfalen auf. Deshalb errichten wir mit dem Landschaftsverband Rheinland und der Stiftung Kunstfonds auf dem Gelände der ehemaligen Abtei Brauweiler ein Schaumagazin für Künstlernachlässe. Und deshalb unterstützen wir auch den Um- oder Neubau wichtiger Museen, z.B. des westfälischen Landesmuseums für Kunst- und Kulturgeschichte in Münster, des Leopold-Hoesch-Museum in Düren, der Stiftung Kloster Dalheim bei Paderborn, des Rautenstrauch-Joest-Museums und des Museums Schnütgen in Köln, des Emil Schumacher Museums in Hagen, der Kunstsammlung NRW in Düsseldorf und nicht zuletzt den Bau des Beethoven-Festspielhauses in Bonn.

Für ein starkes Europa

Für Nordrhein-Westfalen als Bundesland im Herzen der Europäischen Union ist die europäische Integration von hoher Bedeutung. Ein vereintes und handlungsfähiges Europa ist die Grundlage für Wohlstand und Sicherheit der Menschen in unserem Land. Nordrhein-Westfalen ist nicht denkbar ohne Europa. Zusammen mit unseren Nachbarn in Luxemburg, den Niederlanden und Belgien bilden wir einen europäischen Kultur- und Wirtschaftsraum, der einzigartig ist. 45 Millionen Menschen leben hier das Europa der offenen Grenzen.

Deshalb haben wir 2008 eine gemeinsame Erklärung über die Entwicklung einer engeren Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern der Benelux und Nordrhein-Westfalen unterzeichnet. Sie ist ein Meilenstein für eine neue Form der Zusammenarbeit in Europa. Damit werden wir die Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg noch stärker machen als bisher – in den Euregios, bei der Raumordnung, beim Katastrophenschutz, beim Umweltschutz, in der Forschung und auch bei der Zusammenarbeit der Wirtschaftscluster. Wir wissen: Im Zeitalter der Globalisierung wird es immer wichtiger, einen solchen gemeinsamen Wirtschafts- und Kulturraum zu stärken, denn davon profitieren alle. Gerade für Nordrhein-Westfalen als Exportland, aus dem ein Fünftel aller deutschen Exportgüter kommt, ist die enge Verflechtung mit seinen europäischen Nachbarn von höchster Bedeutung.

Ein weiterer Schwerpunkt in den internationalen Beziehungen des Landes Nordrhein-Westfalen liegt auf der Zusammenarbeit mit Frankreich. Mit dem Nordrhein-Westfalen-Frankreich-Jahr 2008/2009 hat Nordrhein-Westfalen neue Maßstäbe dafür gesetzt, wie die deutsch-französischen Beziehungen auch auf Länderebene intensiviert werden können.

In Zukunft werden wir noch stärker daran arbeiten, dass Europa zusammenwächst. Durch Städtepartnerschaften oder europäischen Jugendaustausch lernen die Bürgerinnen und Bürger, Europa mit Leben zu füllen. Dabei geht es vor allem auch um die jungen Menschen. Ein großer Erfolg sind unsere „Europaschulen“, die wir gezielt unterstützen und für die es seit 2007 ein eigenes Zertifikat gibt. Von der Förderschule bis zum Gymnasium bieten sie ein erweitertes Fremdsprachenangebot und bilinguale Unterrichtseinheiten oder Klassenstufen, sie verknüpfen die Unterrichtsinhalte in allen Fächern mit dem Europagedanken und sie verfügen über europäische Partnerschulen, so dass der unmittelbare Austausch der jungen Menschen in vorbildlicher Weise gefördert wird. Im Herbst 2009 bereiten bereits 100 Europaschulen im Land ihre Schülerinnen und Schüler auf das Leben und Arbeiten in Europa vor. Wir können stolz darauf sein, dass unser Ziel, bis 2010 in jeder größeren Stadt eine Europaschule zu haben, fast erreicht ist. Aber wir wollen das in Zukunft auch für kleinere Gemeinden erreichen.

Ein weiteres Ziel ist, dass Schul- und Berufsabschlüsse im Nachbarland besser anerkannt werden – mit der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens haben wir eine gegenseitige Anerkennung der schulischen Bildungsabschlüsse schon auf den Weg gebracht, aber wir

wollen das auch auf die anderen Regionen der Benelux ausweiten. Wir brauchen mehr Europa, nicht weniger – auf allen Ebenen. Wir brauchen ein Europa, das die Regionen stärkt und das Subsidiaritätsprinzip achtet. Das ist der Kompass unseres europapolitischen Engagements.

Nordrhein-Westfalen 2020 – Neue Sicherheit und Solidarität

Wir in Nordrhein-Westfalen schauen zuversichtlich in die Zukunft.

Das Land hat mit der Koalition der Erneuerung seit 2005 neue Kraft getankt.

Wir haben die Zeit genutzt, unser Land zu erneuern.

Die Sockelarbeitslosigkeit ist bei uns zum ersten Mal seit den 70er Jahren wieder gesunken. Die Unternehmen haben sich neu aufgestellt. Das gilt insbesondere für den Mittelstand. Unsere Betriebe sind international wettbewerbsfähig. Das ist ein gemeinsamer Erfolg von Unternehmern, Arbeitnehmern, Gewerkschaften und Politik. Er zeigt: Bei uns in Nordrhein-Westfalen funktioniert die soziale Partnerschaft.

Wir wollen unsere Politik der neuen Sicherheit fortsetzen.

Eine Politik für Wachstum und Leistung.

Eine Politik für Kinder und Bildung.

Eine Politik für Industrie und Ökologie.

Eine Politik für Chancen und soziale Gerechtigkeit.

Wir wollen ein Land, in dem jeder, der will, Arbeit bekommt.

Wir wollen ein Land, in dem alle, die hart arbeiten, mehr Wohlstand für sich und für ihre Familien schaffen können.

Wir wollen ein Land, in dem alle, die hart arbeiten, die Chance zu sozialem Aufstieg haben.

Das ist das Ziel. Dafür arbeiten wir mit aller Kraft.

Wir wissen: Es geht nur gemeinsam.

So schaffen wir das Land der neuen Chancen.

Um die Einheit der Gesellschaft zu erhalten.